

StK Knabe stellt die Haushaltsansätze vor, über die der Schulausschuss zu beraten hat.

Bei allen sechs Schulen seien die Ansätze für Bewirtschaftungskosten aufgrund der enormen Preissteigerungen von Gas und Strom stark angestiegen. Diese würden nicht aus dem Schulbudget bestritten werden.

Für die Haushaltsjahre 2023 ff. sei eine 5%ige Kostensteigerung über das gesamte Schulbudget für alle Schulen eingeplant. Dieses würde zunächst unter „Andere sonstige Sach- und Dienstleistungen“ geführt und in den Folgejahren kontenscharf abgebildet. Somit würden die Ansätze des Grundschulverbands um 1.400 Euro, der GGS Hackenberg um 1.000 Euro, der GGS Wiedenest um 900 Euro, der Hauptschule um 2.000 Euro, der Realschule um 2.100 Euro und des Gymnasiums um 2.500 Euro erhöht.

Auf Nachfrage nach 10%iger Budgeterhöhung teilt StK Knabe mit, dass die oben erwähnten exorbitanten Preissteigerungen nicht aus dem Schulbudget bestritten werden würden. Für die Schulbudgets gelte wie bisher auch, im Bedarfsfall würde bei sachlicher Begründung zusätzliches Budget zur Verfügung gestellt.

Für die drei Grundschulen und das Gymnasium würden für die Wasserspender die Kosten für die Miete und die Kohlensäure eingeplant. Der Vertrag dafür sei für fünf Jahre abgeschlossen. Danach bestünde die Kaufoption der Wasserspender.

Für die Schülerbeförderung würden 568.300 Euro (Seite 127, Zeile 13) eingeplant. Die Summe beinhalte auch die Beförderungskosten im Rahmen des Schülerspezialverkehrs.

Auf Vorschlag des Stv. Schulte solle die Schülerbeförderung und Schülerspezialverkehr in der nächsten Sitzung des Schulausschusses als eigenständiger Tagesordnungspunkt behandelt werden.

Auf das Produkt der Förderschulen würde ein anteiliger Betrag in Höhe von 10.000 Euro (Seite 124, Zeile 2) aus der Schul- und Bildungspauschale eingeplant. Auf der Grundlage der aktuellen Umlageberechnung würde der Ansatz für die Umlage an den Zweckverband der Förderschulen für die Haushaltsjahre 2023 ff. mit 220.000 Euro (Seite 124, Zeile 13) eingeplant. Die Berechnung der Umlage berücksichtige neben den Schülerzahlen auch die Bergneustädter Finanzkraft.

Von der Schulpauschale in Höhe von 670.000 Euro würden 10.000 Euro an den Zweckverband der Förderschulen weitergeleitet (Seite 124, Zeile 15) und die verbleibenden 660.000 Euro zur Finanzierung der in den PPP-Nutzungsentgelten enthaltenen Unterhaltsaufwendungen verwendet.

Von der Sportpauschale in Höhe von 69.000 Euro würden 49.000 Euro für die

Zinsaufwendungen für Schulsportanlagen verwendet und 20.000 Euro zur Förderung des Vereinssports (über die erlasskonforme investive Verwendung entscheide der Sportausschuss).

Die Schulsozialarbeit sei ab dem 01.01.2022 neu geregelt worden. Hierfür würden im Haushaltsjahr 2023 erstmalig 54.600 Euro eingeplant. Diese Kosten würden in voller Höhe vom Land und dem Oberbergischen Kreis übernommen werden. Für die Ergänzung und Erneuerung des unterrichtsspezifischen Schulinventars einschließlich Medienausstattung (Seite 323, Erl.-Nr. 1) sowie für die laufenden Ersatz- und Ergänzungsbeschaffungen der digitalen Ausstattung gemäß Medienentwicklungsplan (Seite 323, Erl.-Nr. 2) würden den Schulen investive Mittel bereitgestellt werden.

Die Landesförderung zur G9-Umstellung sei für den Umbau der naturwissenschaftlichen Räume am Gymnasium vorgesehen. Dafür würden 125.600 Euro (Seite 323, Erl.-Nr. 3) im Haushaltsjahr 2023 eingeplant.

Für den erforderlichen Neubau der Offenen Ganztagschule Hackenberg aufgrund der erwarteten Bevölkerungsentwicklung im Stadtteil und des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkindern ab dem Schuljahr 2026/2027 würden 2.360.000 Euro für die Haushaltsjahre 2023 bis 2025 auf Basis einer groben Kostenschätzung eingeplant.

Für die Erneuerung des Kleinspielfelds an der Realschule würde dem Rat eine Veränderungsliste vorgelegt werden. Das Kleinspielfeld solle mit einem Kunststoffboden sowie einer Zaunanlage versehen werden. Hierfür würden 310.000 Euro veranschlagt werden. Vorgesehen seien ein Zuschuss vom Kreissportbund in Höhe von 80 % und ein weiterer Zuschuss über Sponsoring in Höhe von 10 %. Das Kleinspielfeld solle nach der Erneuerung außerhalb der Schulzeiten auch von Dritten genutzt werden können.

Nach einer kurzen Diskussion lässt der Vorsitzende Schulte auf Antrag des Stv. D. Grütz über den **Beschluss** abstimmen, eine 10%ige Kostensteigerung über das gesamte Schulbudget für alle Schulen einzuplanen.

Abstimmungsergebnis: 3 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen.

Auf Nachfrage teilt Schulleiter Zimmermann mit, für die Realschule sei zwischenzeitlich ebenfalls ein Wasserspender wünschenswert. Für die Hauptschule teilt Schulleiterin Bloch mit, weiterhin keinen Wasserspender zu benötigen.

Der Vorsitzende Schulte lässt über den **Beschluss** abstimmen, über eine Veränderungsliste die Kosten für die Miete und die Kohlensäure in Höhe von 1.400 Euro für einen Wasserspender in der Realschule nachträglich im Haushalt

einzuplanen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig.

Auf Nachfrage des Stv. Schulte teilt StK Knabe mit, dass für den Aufzug in der Realschule bisher keine Mittelanforderung in der Kämmerei angekommen sei. Die Mittel der Inklusionspauschale könnten dafür eingesetzt werden. Diese würden investiv vereinnahmt und bei Bedarf für notwendige Aufwendungen überplanmäßig bereitgestellt werden.

StVRin Adolfs ergänzt, dass der Rat den Antrag der SPD-Fraktion betr. barrierefreie Schulen vom 14.01.2022 in den Schul- sowie Bau- und Planungsausschuss verwiesen habe. Der zuständige Fachbereich 4 würde in Zusammenarbeit mit dem PPP-Partner, Fa. Vinci, eine Prioritätenliste erstellen. Die Schulverwaltung würde dazu nicht beteiligt werden.

Zum Vorschlag des Stv. D. Grütz, die Prioritätenliste solle im nächsten Schulausschuss am 10.05.2023 vorgelegt werden, lässt Stv. Schulte über den **Gegenvorschlag** abstimmen, die Prioritätenliste solle zur nächsten Ratssitzung am 30.11.2022 vorgelegt werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig.

Im Anschluss fasst der Schulausschuss folgenden